



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 14. September 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-56-0004

Aufnahme (vor allem weiblicher) Geflüchteter aus Afghanistan - Antrag der Fraktionen Volt und Die Linke vom 08.09.2021 -

Wir erleben aktuell, dass Menschen in Afghanistan massivem Terror, Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt sind. Hiervon sind insbesondere Frauen und Mädchen betroffen, denen ein enormer Rückschritt bei ihrer bisher errungenen Freiheit und ihren Teilhabechancen droht.

Der jahrzehntelange Krieg, in den letzten 20 Jahren unter deutscher Beteiligung, hat bereits eine Vielzahl vor allem ziviler Opfer gekostet. Ihm folgt nun eine unverantwortliche Ignoranz der westlichen Regierungen gegenüber den Verfolgten. In den letzten Tagen und Wochen sind zahlreiche Berichte über Frauen und Mädchen, die mit Gewalt aus ihren Familien geholt wurden, bekannt geworden. Die Erklärungen der Taliban, sie würden keine Schreckensherrschaft errichten, sind angesichts der aktuellen wie der Erfahrungen in den 90er-Jahren unglaubwürdig. Besonders Frauen und Mädchen sind betroffen und gefährdet. Ihre Rechte auf Bildung und Arbeit sind gefährdet. Ihre körperliche und psychische Unversehrtheit ist bedroht.

Jede*r politisch Verantwortliche muss sich nun fragen lassen, was getan werden kann, um die Frauen und Mädchen aus ihrer Notsituation zu befreien. Die Appelle der UN Women, des Hessischen Flüchtlingsrats und anderer unterstreichen dies.

Auch die Stadt Wiesbaden muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe leisten und Menschen Aufnahme gewähren.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat möge gegenüber der Landes- und Bundesregierung seine Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan verdeutlichen und auf eine schnelle und unbürokratische Zuweisung zusätzlicher Kontingente, insbesondere für Frauen und Mädchen, bestehen.
2. Der Magistrat möge berichten, welche Maßnahmen bisher zum Schutz von Frauen und Mädchen aus Afghanistan seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgten, welche Unterstützungsprogramme hierfür zur Verfügung stehen und inwieweit sie genutzt wurden.

Beschluss Nr. 0044

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie überwiesen.

Dem Vorsitzenden des
Ausschusses für Soziales,
Integration, Wohnen,
Kinder und Familie mit der
Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2021

Coigné
Vorsitzende